

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

58. Sitzung

am Donnerstag, dem 21. Oktober 2004, um 14:05 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Vorsitzender

Dr. Henning Höppner (SPD)

Herrmann Benker (SPD)

in Vertretung von Rolf Fischer

Helmut Jacobs (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Sylvia Eisenberg (CDU)

Uwe Greve (CDU)

Jost de Jager (CDU)

Caroline Schwarz (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zur Umwandlung der Muthesius-Hochschule, Fachhochschule für Kunst und Gestaltung, in eine Kunsthochschule	5
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/3657	
2. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes und des Hochschulzulassungsgesetzes	7
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 15/3376	
b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes (HSG) - Hochschulmanagement	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/3447	
3. Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Friesischen im öffentlichen Raum (Friesisch-Gesetz - FriesischG)	8
Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/3150	
4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes (Schulgesetz - SchulG)	10
Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/3367	
5. Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit und Berufsorientierung	12
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/3511	
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/3525	
6. Bericht über die Unterrichtssituation im Schuljahr 2003/04	13
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/3558	

7. Einführung von Bachelor-/Master-Strukturen in der Lehrerbildung **14**

Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Umdruck 15/4708

8. Verschiedenes **16**

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Umwandlung der Muthesius-Hochschule,
Fachhochschule für Kunst und Gestaltung, in eine Kunsthochschule**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/3657

(überwiesen am 23. September 2004 an den **Bildungsausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Die Abgeordneten Eisenberg und de Jager stellen klar, dass die CDU unverändert hinter der Umwandlung der Muthesius-Hochschule in eine Kunsthochschule stehe, problematisieren jedoch das Verfahren, dass das Umwandlungsgesetz, das die Hochschulstruktur im Lande verändere, ohne vorherige Anhörung beschlossen werden solle.

Die Abgeordneten Weber, Birk und Spoorendonk erinnern daran, dass mit dem Gesetzentwurf dem berechtigten und allseits gewünschten Anliegen, die Muthesius-Hochschule in eine Kunsthochschule umzuwandeln, Rechnung getragen werde. Eine Verlängerung oder Verzögerung der Beratung könne als falsches Signal verstanden werden.

Auf eine Frage von Abg. de Jager erwidert St Dr. Körner, die in § 2 des Gesetzentwurfs genannte Frist sei mit der in den Zielvereinbarungen festgeschriebene Frist identisch (Auslaufen der Diplom-Studiengänge am Ende des Sommersemesters 2009). Auf Fragen von Abg. Dr. Klug zu Auswirkungen der Aufwertung der Muthesius-Hochschule führt er aus, es sei gelungen, den Mietvertrag zu günstigen Konditionen so zu verlängern, dass bis zur Fertigstellung eines 1.100 qm großen Anbaus am Standort der Muthesius-Hochschule eine sehr gute Unterbringung der Kunsthochschule möglich sei. Die ersten fünf Professuren seien bereits im Sommer dieses Jahres ausgeschrieben worden und auf unglaubliche Resonanz gestoßen; die Ausschreibung für drei weitere Professuren werde zügig in Gang gesetzt. Auf der Grundlage der Empfehlungen des Wissenschaftsrates müsse die konkrete Ausgestaltung des Erfolg versprechenden und innovativen Studiengangs Interior Design noch überarbeitet werden. Für die Entwicklung der Fachhochschule zu einer Kunsthochschule erhöhe sich das Budget der

Muthesius-Hochschule um 500.000 €. Diese Summe sei durch die Zielvereinbarungen abgedeckt.

Vorbehaltlich des Votums des an der Beratung beteiligten Innen- und Rechtsausschusses empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes und des Hochschulzulassungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3376

(überwiesen am 29. April 2004)

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes (HSG) - Hochschulmanagement

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/3447

(überwiesen am 27. Mai 2004)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck 15/5040

Niederschrift über die 56. Bildungsausschusssitzung

Die die Umwandlung der Muthesius-Hochschule zur Kunsthochschule betreffenden Punkte 1, 9, 10 und 11 des Änderungsantrages der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 15/5040, werden einstimmig, die restlichen Punkte des Änderungsantrages mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Der CDU-Gesetzentwurf wird mit den Stimmen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung mit den beschlossenen Änderungen wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Friesischen im öffentlichen Raum (Friesisch-Gesetz - FriesischG)

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/3150

(überwiesen am 22. Januar 2004 an den **Europaausschuss**, den Finanzausschuss, den Bildungsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/4192, 15/4420, 15/4423, 15/4440, 15/4441, 15/4541, 15/4544 bis 15/4546, 15/4562, 15/4564, 15/4565, 15/4567, 15/4586 bis 15/4589, 15/4626

Abg. Spoorendonk wirbt für eine möglichst einstimmige Unterstützung der Initiative des SSW.

Abg. Weber bemerkt, aus bildungspolitischer Sicht könne man dem Gesetzentwurf im Grundsatz zustimmen.

Abg. Schwarz erklärt, als Ergänzung und Konkretisierung der Sprachencharta mache das Gesetz Sinn.

Demgegenüber entgegnet Abg. Dr. Klug, der Gesetzentwurf werde nicht sonderlich viel bewirken, aber auch nicht schaden. Es sei allerdings nicht der richtige Weg, mit Gesetzen im Wesentlichen Symbolpolitik zu betreiben.

Abg. Spoorendonk macht noch einmal deutlich, dass der Gesetzentwurf mehr als ein Symbol sei, sondern dazu beitrage, die Anerkennung der friesischen Sprache zu fördern und zu stärken. Sie stellt klar, dass die dänische Minderheit vergleichbare gesetzliche Regelungen zur Förderung ihrer Sprache und Kultur ausdrücklich nicht verfolge.

Auch der Vorsitzende sieht nicht die Gefahr, dass andere Minderheiten ähnliche gesetzliche Regelungen wollten, und bestätigt, dass der Gesetzestext juristisch standhalte.

Der Bildungsausschuss schließt sich dem Votum des an der Beratung ebenfalls beteiligten Innen- und Rechtsausschuss an, vorbehaltlich weiterer Änderungen durch den federführenden

Europaausschuss dem Landtag mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP den Gesetzentwurf zur Annahme zu empfehlen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes (Schulgesetz - SchulG)

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/3367

(überwiesen am 29. April 2004 an den **Bildungsausschuss** und den Finanzausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/4647 (neu), 15/4656, 15/4681, 15/4765, 15/4796,
15/4801, 15/4802, 15/4818, 15/4876

Abg. Dr. Höppner legt dar, wenngleich man die Intention einer längeren gemeinsamen Grundschulzeit aller Kinder unterstütze, lehne man den Vorstoß des SSW zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab. Eine Experimentierklausel zur Einführung der sechsjährigen Grundschule bringe keinen pädagogischen und organisatorischen Gewinn; vielmehr verursache das Nebeneinander von vierjährigen und sechsjährigen Grundschulen neue Schwierigkeiten hinsichtlich des Übergangs auf weiterführende Schulen. Die SPD setze insgesamt auf eine deutliche Verlängerung der gemeinsamen Schulzeit und wolle, dass alle Kinder und Jugendlichen von der ersten bis zur zehnten Klasse in einer „Schule für alle“ gemeinsam unterrichtet würden. - Abg. Weber ergänzt, es sei nicht redlich, wenige Monate vor der Landtagswahl eine solch grundlegende Reform des Schulwesens einzuleiten.

Abg. Spoorendonk bedauert unter Hinweis auf die damalige Diskussion zum Vorstoß des SSW zur Einführung der sechsjährigen Grundschule, dass die Mehrheitsfraktionen nicht bereit seien, wenigstens einen kleinen Schritt in die gemeinsam als schulpolitisch richtig erachtete Richtung zu gehen. Sie kritisiert die alternativlose Ablehnung ihres Gesetzentwurfs und vermisst ein konkretes positives Signal.

Abg. Eisenberg erklärt, die CDU lehne den Gesetzentwurf des SSW ebenso wie die meisten Angehörten ab, weil er nicht zu einer Verbesserung der Qualität des Unterrichts führe. Sich mit der Verbesserung der Qualität von Schule auseinanderzusetzen, bedeute, an die Inhalte und nicht an die Schulorganisation heranzugehen.

Abg. Birk wirft die Frage auf, inwieweit das geltende Schulgesetz Möglichkeiten der partiellen Einführung einer sechsjährigen Grundschule eröffne. Hinsichtlich der Schulentwicklungsplanung legt sie Wert darauf, dass Schulleitung und Vertretungsunterricht an kleinen Schul-

standorten gemeinsam und ortsübergreifend organisiert werde, und bittet das Bildungsministerium, dem Ausschuss mitzuteilen, welche Schulen im ländlichen Raum von Schließungen bedroht seien.

Vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Finanzausschusses empfiehlt der Ausschuss dem Landtag einstimmig, den SSW-Gesetzentwurf zur erweiterten Grundschule abzulehnen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit und Berufsorientierung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3511

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/3525

(überwiesen am 17. Juni 2004)

Abg. Eisenberg erläutert noch einmal den Antrag ihrer Fraktion. Die Ganztagsangebote erreichten bedauerlicherweise nicht unbedingt diejenigen Schülerinnen und Schüler, die sie eigentlich erreichen sollten. Es müsse mehr getan werden, um die Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen zu erhöhen. Die Hauptschulen sollten durch die Einführung einer zentralen Abschlussprüfung und durch eine bessere Unterrichtsversorgung gestärkt werden.

Abg. Jacobs macht darauf aufmerksam, dass die mangelnde Ausbildungssituation von Jugendlichen verschiedene Ursachen habe, gegen die die Landesregierung frühzeitig vielfältige Maßnahmen ergriffen habe, die auch praktiziert würden. Das Thema Ausbildungsplatzumlage sei angesichts der Weigerung von Teilen der Wirtschaft, sich nach wie vor nicht an der Ausbildung beteiligen zu wollen, seiner Meinung nach nicht vom Tisch.

Abg. Dr. Klug erklärt, er stimme dem CDU-Antrag weitgehend zu, werde sich allerdings der Stimme enthalten, weil er die Einführung einer zentralen Hauptschulabschlussprüfung nicht mittrage.

In alternativer Abstimmung erhält der Antrag der CDU drei Stimmen der Mitglieder der CDU, der Antrag der Koalitionsfraktionen sechs Stimmen der Mitglieder von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Abg. Dr. Klug enthält sich der Stimme. - Mit Mehrheit empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag Drucksache 15/3511 abzulehnen und den Antrag Drucksache 15/3525 anzunehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht über die Unterrichtssituation im Schuljahr 2003/04

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3558

(überwiesen am 26. August 2004 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung ohne Aussprache abschließend zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Einführung von Bachelor-/Master-Strukturen in der Lehrerbildung

Vorlage des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Umdruck 15/4708

Abg. Eisenberg fragt das Bildungsministerium zu den vorgelegten Eckpunkten zur Einführung von Bachelor- und Master-Strukturen im Bereich der Lehramtsstudien, inwieweit die Lehrerbildung in den einzelnen Bundesländern kompatibel sei, frühzeitig Praxisanteile in das Lehrerstudium eingebaut würden, der Schulartenbezug gewährleistet und eine Verkürzung der Studienzeiten ermöglicht werde.

St Dr. Körner führt aus, die Eckwerte der universitären Lehrerausbildung würden zurzeit von den betroffenen Hochschulen beraten. Die Universität Flensburg wolle mit den neuen Strukturen bereits zum Wintersemester 2005/06 beginnen; an der CAU werde der Umstellungsprozess wegen komplexer Verflechtungen möglicherweise länger dauern. Während sich hinsichtlich der Kompatibilität der Lehrerbildung die norddeutschen Wissenschaftsminister verständigt hätten, stehe eine bundesweite Abstimmung auf KMK-Ebene bis Ende des Jahres aus. Richtig sei, dass es so früh wie möglich auch schulpraktische Inhalte geben müsse. Auch die Überlegungen hinsichtlich der Möglichkeit einer Verkürzung des Master-Studiums in Verbindung mit dem Referendariat seien noch nicht abgeschlossen.

Abg. Dr. Klug kritisiert, dass in Deutschland unterschiedliche Modelle der Lehrerausbildung praktiziert würden. Die Probleme der Zweistufigkeit lägen gerade bei der Lehrerbildung auf der Hand.

Abg. de Jager spricht sich dafür aus, sich für die Umstellung auf Bachelor und Master im Bereich der Lehramtsstudien Zeit zu nehmen und die erforderliche Sorgfalt walten zu lassen. Insbesondere sei die Frage zu klären, wie die Kompatibilität in der Lehrerausbildung sichergestellt werden könne, der Übergang vom Bachelor- zum Master-Studium geregelt werde und welche Auswirkungen die Umstellung auf das Beamten- und Versorgungsrecht habe.

Abg. Birk bittet das Bildungsministerium, zum Akkreditierungsverfahren Stellung zu nehmen, von dem sie eine qualitative Weiterentwicklung der Studiengänge erwarte.

St Dr. Körner stellt klar, dass es einer bundesweiten Lösung bedürfe, und sagt zu, die aufgeworfenen Fragen zur Januar-Sitzung des Bildungsausschusses schriftlich zu beantworten.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Birk bittet das Bildungsministerium und das IQSH um einen Bericht zur Neugestaltung der zweiten Phase der Lehrerbildung in der nächsten Ausschusssitzung, am 18. November 2004.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, schließt die Sitzung um 16 Uhr.

gez. Dr. Ulf von Hielmcrone

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer